

Deutschland und Amerika.

New-York, 6. Februar. Der Berliner Korrespondent der Associated Press hatte eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann, in welcher dieser die Hoffnung aussprach, daß die neuen Vorschläge, die den Vereinigten Staaten bereits vorgelegt worden seien, die Grundlage für eine endgültige Regelung ab-

geben würden. Er wolle jedoch den Ernst der Lage nicht verhehlen. Zimmermann sagte weiter, daß Deutschland keine weiteren Zugeständnisse machen könne und keinesfalls die Ungefährlichkeit der Kriegsführung der U-Boote in der Kriegszone anerkennen wolle. Die deutsche Regierung sei bereit, alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, um den Wünschen Amerikas entgegenzukommen. Sie habe dies auch schon getan, aber es gebe Grenzen, bei denen selbst die Freundschaft aufhöre.

Der Unterstaatssekretär erklärte, er begreife die Haltung Amerikas nicht. Man habe in Deutschland gedacht, daß die Differenzen wegen der U-Boote erledigt werden würde. Man habe von deutscher Seite zugestimmt, den Schadenersatzanspruch zu befriedigen, aber die Regierung der Vereinigten Staaten stellte gänzlich neue Forderungen, denen Deutschland unmöglich entsprechen könnte. Amerika dürfe nicht zu viel fordern und Deutschland zu demütigen versuchen.

Auf diese neuen Forderungen und auf die neuen Instruktionen an den deutschen Botschafter Grafen Bernstorff wünschte Unterstaatssekretär Zimmermann nicht näher einzugehen, doch ließ er keinen Zweifel darüber, daß die ganze Krise auf die Forderung Amerikas zurückzuführen sei, daß Deutschland die Versenkung der „Lusitania“ als völkerrechtswidrige Tat desavouieren solle. Deutschland könne die Waffe der U-Boote nicht aus der Hand legen.

Zimmermann erklärte wiederholt, daß Deutschland, wenn die Vereinigten Staaten es zu einem Bruch kommen lassen wollten, nichts mehr tun könnte, um dies zu vermeiden. Das Bedauernswerteste an der ganzen Sache wäre, daß kein tieferer Grund zu einem Bruch vorhanden sei. Deutschland und die Vereinigten Staaten hätten keine einander widersprechenden Interessen. Deutschland hoffe sogar auf eine bedeutende Entwicklung des Handels zwischen den beiden Ländern nach dem Kriege. Diese Hoffnung würde zerstört oder es würde doch eine solche Entwicklung sehr behindert werden, wenn es jetzt zum Bruch käme. Aber Deutschland könne nicht weiter gehen, als es bisher gegangen sei.